

Lehren

Wahlverluste im Norden und die Strategiedebatte in der Union

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen und der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein hat die Verlierer fast sprachlos gemacht und die Sieger nicht wenig in Erstaunen versetzt. Das Erstaunen galt bei Sozial- und Freidemokraten freilich weniger den eigenen Gewinnen oder Zugewinnen – beide hatten ja mit solchen, die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein und in Bremen, die Sozialdemokraten wenigstens in Schleswig-Holstein, gerechnet – als den *katastrophalen Verlusten der Union*. Die Grünen – Gewinner in Bremen, Verlierer in Schleswig-Holstein – zählten demgegenüber fast schon nicht mehr. Darf man allerdings den nachträglichen Feststellungen der professionellen (demoskopischen) Wahlanalysen glauben, so zeichnete sich das Ergebnis bereits deutlich in Umfragen während der Wahlkampfzeit ab.

Und wie bei Erdrutschergebnissen es so geht, wurde auch gleich überinterpretiert und heftig schlußgefolgert über die Gesamtlage der Union, speziell der CDU. Je südlicher die Interpreten angesiedelt waren, um so unerbittlicher verdolmetschten sie das Ergebnis mit einem Eifer, dem man das eigene „Geschäftsinteresse“ nur allzu deutlich anmerkte. Was aus München unheildrohend verlautet wurde, konnte allerdings niemanden verwundern, denn wann gelingt es in letzter Zeit der kleineren Schwesterpartei der CDU schon, wie im Falle dieser jüngsten Wahlergebnisse nicht nur recht zu haben, sondern im Sinne des eigenen Kurses scheinbar auch recht zu bekommen. Eher erstaunt hat schon, mit welcher Selbstverständlichkeit der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende selbst, das „Bild der Zerstrittenheit der Union“ in den grauslichsten Farben ausmalend, *bundespolitische Ursachen* mit Vorrang nannte.

Das war für die Psychohygiene der Partei so wohl notwendig, aber wie ganz überwiegend in den Medien scheinen auf diese Weise auch in der CDU selbst die *landeseigenen Ursachen für das Wahldebakel* der Union im Norden voreilig weggewischt worden zu sein. Nicht die im letzten Moment losgelassene Affäre Barschel-Pfeiffer – diese beeinflusste die Regierungsbildung weit mehr als den Wahlausgang –, sondern die beschränkte Fortune Barschels, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande, der recht populäre Gegenkandidat Engholm: Dies erklärt wenn schon nicht die Verluste der CDU, so doch die überdies nicht sonderlich hohen Zugewinne der SPD (1,5 Prozent) in Schleswig-Holstein. Und was die Verluste der CDU betrifft, so sind diese in Bremen (mit 9,9 Prozent) zwar horrend und in Schleswig-Holstein (mit 6,4 Prozent) erdrutschartig, aber Schleswig-Holstein setzt damit keine neue Wegmarke für die Union, sondern bestätigt nur die Fortsetzung eines Trends, wie er sich seit der Niedersachsenwahl (dort – 6,4) und der Bayernwahl (– 2,5) herausgebildet und bei der Bundestagswahl (– 4,5) und bei der Rheinland-Pfalz-Wahl (– 6,8) verfestigt hat.

Allerdings so „normal“ im Verhältnis zu anderen Wahlergebnissen der letzten zwei Jahre – mit Ausnahme Hessens (+ 2,7) und Hamburgs (– 1,4) – wenigstens das Schleswig-Holstein-Ergebnis sich ausnimmt, so besorgniserregend für die Union ist der *Gesamtrend*: Er weist zunehmend und mit unerbittlicher Konsistenz nach unten. Gerade dieser Gesamtrend macht aber die an Fronleichnam dieses Jahres dem Bundesvorstand der Partei vorgetragene und von der CSU-Führung so vehement bekämpfte *Geißlersche Wahl- und Strategieanalyse* besonders brisant und aktuell. Die Analyse Geißlers, die ja durchaus die Meinung des Bundesvorstandes der CDU widerspiegelt, besagte im Kern nichts anderes, als daß die Union, wenn sie ihre Mehrheitsfähigkeit behaupten will, ihre Aufmerksamkeit auf die zukunfts-trächtigen Wähler der alten und neuen Mittelschichten (aufsteigende

Arbeiter, städtische Mittelschichten, technische Intelligenz) richten muß und ihr Profil nicht einseitig von politischen Randgruppen und immer kleiner werdenden Wählerschichten (Bauern, Vertriebene) bestimmen lassen darf, weil nicht dort der Union die eigentliche Gefahr droht, sondern in der mittleren Schicht der mobilen Stamm- und Wechselwähler.

Wer immer wieder die Gefahr beschwört, die CDU verliere Stammwähler nach rechts, der sollte doch auch beachten, daß z. B. in Bremerhaven, wo die mehr oder weniger rechtsradikale DVU (Liste D) überdurchschnittlich gewann, die CDU gerade in Hochburgen der DVU weit unterdurchschnittlich (– 4,0 bis – 4,5 Prozent) verlor. Im übrigen haben bei den letzten bayerischen Landtagswahlen die rechten „Republikaner“ trotz nationalkonservativer Gebärden seitens der CSU fast so viel gewonnen (3 Prozent) wie die Liste D in Bremen. Und Katholiken (auch kirchennahe) wählen wohl kaum deswegen in zunehmend größerer Zahl FDP und SPD, weil sie von diesen Parteien eine strengere Fassung des § 218 erwarten, sondern weil sie – aus ihrer Sicht – dort eine schlüssigere Abrüstungs-, Sozial- und Menschenrechtspolitik vorfinden als in der optisch immer wieder von Straußschen Weltansichten beherrschten Union. Eine Grundsatz- und Strategiedebatte ist in der Union also höchst dringlich, auch wenn dem Bundeskanzler selbst das Wort mißfällt: auch als nüchterne Besinnung auf das C – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen, als es von München her gefordert wird. se

Zeichen

Ändert sich etwas in der sowjetischen Religionspolitik?

In den letzten Wochen mehren sich Anzeichen, daß *Gorbatschows* Strategie der „Umgestaltung“ auch auf die sowjetische Religionspolitik durchzuschlagen beginnt. Dabei sind grund-